



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

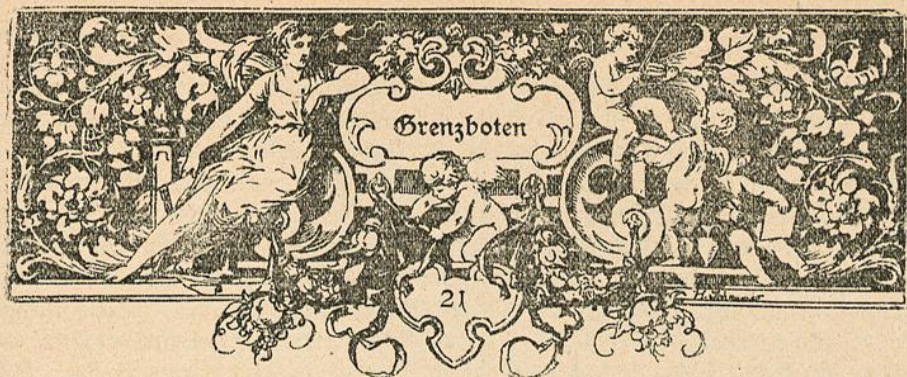
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Waffenbund Mitteleuropa

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Waffenbund Mitteleuropa

Don Georg Kleinow

„Le Journal des Débats“ vom 8. Mai: „Die Mächte der Entente müssen unter sich einen dauernden Bund schließen, auf fester Grundlage und gesichert durch Machtmittel, die automatisch in Tätigkeit treten, wenn gewisse im Vertrag vorgesehene Ereignisse eintreten. Es wäre dies ein Bund für den Frieden, aber bewaffnet und aktionsbereit. Am Quai d'Orsay ist eine Kommission mit der Bildung dieses Völkerbundes beschäftigt“.



Es ist die nicht zu umgehende Folge der diplomatischen Geheimarbeit, daß die politischen Staatsverträge nur solange einen diplomatischen Kampfwert haben, wie sie ihrem Inhalte nach nicht authentisch bekanntgegeben sind. Solange Freund und Feind ebenso wie mehr oder minder geistreiche Politiker und Publizisten das verschleierte Bild mit ihrer Phantasie ausmalen, vergrößern und verkleinern können, solange haben derlei Verträge auch eine suggestive Macht, wirken parteibildend, wirken beruhigend, aber auch aufreizend und verheißend. Begenden spinnen sich, die Wünsche von Parteien und Gruppen werden in den leichten Gedankenbau leicht hineingefügt, und es dauert gar nicht lange, so ist aus einem sehr nüchternen Dokument von drei Artikeln oder gar nur einem, der sich auf eine bestimmte Lage bezieht, ein Monstrum geworden, das nach der Auffassung der Öffentlichkeit alle, aber auch restlos alle Nöte der Völker zu lösen berufen ist. Man erinnere sich des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages! Ein solches Monstrum scheint für das Publikum auch jener Vertrag werden zu sollen, den die beiden Staatsoberhäupter Deutschlands und Osterreich-Ungarns am 12. Mai im Standort des großen Hauptquartiers unterschrieben haben.

Das man die Wiener Meldungen vom 13. Mai, so konnte auch den geistigen Schwerstarbeiter ein ehrfurchtsvolles Gruseln packen ob der Arbeit, die in kaum vierundzwanzig Stunden von unseren allerhöchsten Herrschaften geleistet worden war. Danach mußte der Vertrag schon die Lösung aller bestehenden und noch auftauchenden Schwierigkeiten zwischen den beiden großen mitteleuropäischen Verbündeten nicht nur eingeleitet, sondern beinahe herbeigeführt haben. Die „B. Z. am Mittag“ gibt alles, was in Wien gefabelt worden ist, zusammenhängend

wieder. Danach soll der bisherige Dreibundvertrag, der bekanntlich gegen Ende dieses Jahres abläuft und nur drei Artikel enthielt, in denen sich die Vertragsparteien im Kriegsfall wohlwollende Neutralität, im Falle eines unprovokierten Angriffes gegenseitige Hilfe mit der ganzen Waffenmacht zusicherten, pragmatisiert werden. War es bisher nur ein diplomatischer Vertrag, dessen politischer Sinn gegenseitiger Schutz gegen die russische Expansion war, so soll das neue Bündnis darüber formell und inhaltlich weit hinausgehen. Es soll die ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reiche durch Geschäftsverträge festlegen.

„Außenpolitisch soll das Bündnis seinen rein defensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen Richtungen ausgestaltet werden. Die austro-polnische Frage soll bei dieser außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen. Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen so verdichtet und vereinheitlicht werden, daß von einer Art Militärkonvention gesprochen werden kann. Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit angestrebt, die namentlich für die Übergangswirtschaft unerlässlich ist. Wenn dabei auch alles vermieden werden soll, was eine wirtschaftskriegerische Spitze gegen die übrigen Handelsstaaten zu haben scheinen könnte, so liegt doch die vielerörterte Zollunion im Bereich der bereits skizzierten Pläne. Ein grundlegender Unterschied wird nach bestimmten Versicherungen hier in der Form des neuen Bündnisses gegenüber dem alten zu verzeichnen sein. Es wird nicht bloß einen diplomatischen Geheimvertrag darstellen, sondern soll artikelmäßig in den Staatsgesetzen beider Reiche verankert werden. Es wird daher alle zuständigen Volksvertretungen in Deutschland und Österreich-Ungarn beschäftigen und ihrer Zustimmung bedürfen.“

Die Wiener Meldung und nicht die Berliner amtliche Veröffentlichung wird hier in den Vordergrund geschoben und zum Ausgangspunkt der Besprechung gemacht, weil sie, ohne aus dem Rahmen des Möglichen herauszufallen, das Kampffeld ziemlich richtig absteckt, auf dem sich die weiteren Erörterungen über den Bündnisvertrag bewegen werden, und weil an ihnen die unausbleiblichen erläuternden Erklärungen der deutschen Regierung erst durchsichtig werden. Eine solcher Erklärungen liegt bereits vor. Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 446) läßt sich aus Berlin melden: „Die Behauptung, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß das neue Bündnis in die Verfassungen der verbündeten Reiche aufgenommen werde, ist unzutreffend. Davon ist nicht die Rede gewesen. Es besteht vielmehr die Absicht, Verträge politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur zu schließen. Diese Verträge sollen ein zusammengehöriges und zusammenhängendes Ganzes bilden und nach Möglichkeit zusammen unterzeichnet werden. Es wird also nicht etwa eine Militärkonvention oder ein Wirtschaftsbündnis gesondert abgeschlossen, sondern ein Vertrag, der einen militärischen, einen politischen, einen wirtschaftlichen Teil hat und, wie gesagt, ein Ganzes bildet. Unzutreffend ist auch die Nachricht, daß man sich bei der Besprechung im Großen Hauptquartier auf die sogenannte österreichisch-polnische Lösung geeinigt habe, oder daß die Vereinbarungen diese Lösung zur Folge haben würden“. Nach dieser Richtigstellung, deren ersten Teil wir kritiklos hinnehmen dürfen, da die Frage der Verankerung des vertieften Bündnisses in den Verfassungen der beteiligten Länder kaum schon akut sein dürfte, enthält die Meldung aber auch einen positiven Teil von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

„Was die wirtschaftlichen Verhandlungen betrifft“, heißt es beruhigend für die Handlungswelt und die Sozialdemokraten, „so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskriegerische Tendenz enthält, sondern die wirtschaftliche Verständigung mit unsern Gegnern ermöglichen kann. Während, wie bereits dargelegt, die wirtschaftlichen Verhandlungen sich über den Sommer hinziehen werden, sind die militärischen und politischen Richtlinien für die künftige Gestaltung des Bündnisses bereits eingehender herausgearbeitet. Dies liegt in der Natur der praktischen Erfahrungen des Krieges, die ja für die künftige zweckmäßige militärische Zusammenarbeit reiches Material geliefert haben, und in der Natur der gemachten politischen Erfahrungen. Es sei hinzugefügt, daß man für die bevorstehende militärische Vereinbarung den Namen ‚Waffenbund‘ gewählt hat“.

Diese Ausführungen bestätigen, was jeder aufmerksame Leser des Berichtes über die Monarchen-Zusammenkunft im Großen Hauptquartier sich selber sagen muß, daß es sich lediglich um die Festlegung von allgemeinen Richtlinien für einen Vertrag handeln konnte, der noch auszuarbeiten ist, eines Vertrages, der freilich aufgebaut werden soll auf den militärischen Erfahrungen, die das bisherige Bundesverhältnis in so überraschend großartiger Weise zutage gefördert hat. Der Name „Waffenbund“ mag ja gewissen Kreisen nicht lieblich in den Ohren klingen, aber was wäre Angesichts der sinnlosen Zerstörungswut unserer Feinde aus allen den Friedfertigen geworden, wenn sie der Waffenbund nicht vor dem Einbruch der Feinde bewahrt hätte?!

Der wirkliche Inhalt des Vertrages vom 12. Mai wird uns klar aus den Ausführungen, die der Ministerpräsident Dr. Bekerele am 15. Mai im ungarischen Abgeordnetenhaus gemacht hat.

„Ich kann den Interpellanten kurz auf die amtliche Meldung verweisen, welche nach der Zusammenkunft vom 12. Mai im deutschen Großen Hauptquartier zur Informierung der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. (Abgeordneter Lovaszky [Karolyipartei]: Darin ist nichts enthalten.) Ministerpräsident Dr. Bekerele: Es kann auch nicht mehr darin enthalten sein als war. (Lebhafte Heiterkeit.) Tatsache ist, daß anlässlich des Besuches Seiner Majestät Besprechungen über Deutschland, Oesterreich und Ungarn gemeinsam interessierende Fragen stattfanden. Diese Besprechungen führten zu dem Entschluß, daß das zwischen uns bestehende Bundesverhältnis verlängert werde (Beifall rechts und im Zentrum), und zwar auf längere Zeit (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum) und vertieft werde. (Lebhafte Beifall rechts, Lärm und Bewegung auf der äußersten Linken.) Die Herrscher gelangten zu dem Entschluß und einigten sich darüber, ihre Regierungen anzuweisen, daß sie in dieser Beziehung die Verhandlungen aufnehmen und in konkreter Form Vereinbarungen treffen. (Lebhafte Beifall rechts.) Keinerlei Vertrag über diese Vereinbarungen hinaus ist bisher zustande gekommen. Die Verhandlungen aber werden demnächst eingeleitet werden. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Und ich glaube, daß es nur der allgemeinen Zustimmung der großen öffentlichen Meinung Ungarns entgegenkommen wird (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm auf der äußersten Linken), daß das unseren Interessen so sehr entsprechende und in der letzten Zeit im Interesse Ungarns so sehr bewährte Bundesverhältnis verlängert und vertieft wird. (Lebhafte Beifall rechts, Zwischen-

rufe auf der äußersten Linken und Aufe: Was ist das: Vertiefung?) Ministerpräsident Dr. Beyerle: Ich werde sofort darauf zu sprechen kommen. (Hört, hört!)

Es wird also zunächst das Bundesverhältnis erneuert. Es ist sehr natürlich, daß sich dies auch auf solche Einzelheiten erstrecken wird, welche mit dem Bundesverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Es wurde auch die militärische Frage erwähnt. Wir können das doch nicht eine Militärkonvention nennen. Aber es ist sehr natürlich, daß auch gewisse militärische Vereinbarungen zustande kommen werden. (Lärm auf der äußersten Linken. Abgeordneter Graf Michael Karolji ruft: Während des Krieges?) Ministerpräsident Dr. Beyerle: Auch im Kriege kann es Vereinbarungen geben, welche sich auf das gleiche Vorgehen und die Rüstungen beziehen, die aber in keinerlei Zusammenhang mit der Organisation des Heeres oder mit irgendetwas derartigem stehen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Herr Abgeordnete möge überzeugt sein, daß wir unser selbständiges Verfügungsrecht aufrechterhalten werden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum. Lärm links.) Was die wirtschaftliche Annäherung betrifft, so kann sich der Herr Abgeordnete diese nur so vorstellen, daß er immer von Mitteleuropa spricht. Nun denn: Mitteleuropa ist ein sehr weiter Begriff. Daß eine wirtschaftliche Annäherung oder die engere Anknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen wünschenswert und auch möglich ist, das leugnet wohl niemand, aber ich wiederhole: ohne daß unser selbständiges Entschließungsrecht in irgendwelcher Beziehung berührt wird. (Zustimmung rechts. Lärm und Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Zuruf: Das ist so unmöglich!) Im übrigen möge der Herr Abgeordnete überzeugt sein, daß wir in bezug auf diese wirtschaftlichen Fragen das Haus nicht vor ein fait accompli stellen werden, sondern daß die Gültigkeit der Vereinbarung von der Entschließung des Hauses abhängen wird. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 246 kleidet schließlich das Programm vom 12. Mai in eine Polemik gegen die von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptungen. Natürlich sei an allem etwas Nichtiges; „denn wie sollte eine noch festere Bindung der beiden Monarchien aneinander erfolgen als in einer völligen militärischen und wirtschaftlichen Interessenverknüpfung und in der Beseitigung aller Verschiedenheiten, die bisher noch in der militärischen und wirtschaftlichen Organisation bestanden? Ob eine Verankerung des Vertrages in der Verfassung erfolgen kann, steht natürlich noch nicht fest. Wie erinnerlich, hat schon Bismarck diesen Plan ursprünglich verfolgt, ihn aber später wieder fallen lassen und das Bündnis hat doch die schwersten Proben bestanden.“

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Verabredungen vom 12. Mai zunächst den Zweck haben, unsere militärische Widerstandskraft gegenüber der Entente, die sich anschickt, den Krieg ad callendas graecas zu verlängern und nach Abschluß des blutigen Ringens durch einen Wirtschaftskrieg zu ersetzen, soweit irgend angängig zu steigern. Dazu gehört neben der Vereinheitlichung des Oberbefehls der Armeen auch eine einheitliche Verwaltung der Verkehrsmittel und Kriegsvorräte, wie uns der Krieg lehrte, alles drei Begriffe von außerordentlicher Weite und Dehnungsmöglichkeit. Die Vereinheitlichung der Armeeführung dürfte in Zukunft ihren Ausdruck darin finden, daß die Truppen

der Bundesgenossen noch mehr gemeinsam und durcheinander an allen Fronten verwandt werden, wie bisher. Größere Änderungen dürften dagegen eine einheitliche Verwaltung der Vorräte nach sich ziehen. Es handelt sich dabei nicht allein um die Vorräte an Munition, Ausrüstungsgegenständen und Lebensmitteln der Armeen, sondern um die gesamte Ernährung der beiderseitigen Völker. Jedenfalls bedingt die Zusammenfassung Deutschlands, Österreichs und Ungarns als ein Aufbringungsgebiet für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie der Ministerpräsident Dr. Seidler ausführte, auch die Anwendung eines einheitlichen Systems.

Anscheinend sollen die reichen Erfahrungen, die Deutschland mit seinem straffen Ansamlungs- und Verteilungssystem gemacht hat, auch Österreich-Ungarn zugute kommen. Wie in Deutschland soll auch in Österreich-Ungarn eine größere Einheitlichkeit durchgesetzt werden. Sie ist dort schon deshalb schwerer zu erzielen, weil der Kampf der Nationalitäten, z. B. in Böhmen, bei der Behandlung des vorwiegend von Deutschen bewohnten Industriebezirks überall Hindernisse hervorruft. Da Deutschland bisher wiederholt von seinen eigenen Vorräten und mühsam erzielten Ersparnissen abgegeben hat, liegt es auf der Hand, daß es als tüchtiger Wirt auch ein gewisses Übergewicht bei der Neuordnung der Dinge erhält.

In der Frage der einheitlichen Verwaltung der Verkehrsmittel ist durch die Entwicklung des Krieges schon längst praktisch vorgearbeitet worden. Die Eisenbahnen werden schon seit langem von der Zentrale im Großen Hauptquartier aus genutzt. Nach dem Abschluß des Friedens von Bukarest tritt auch der Donaustrom in seiner ganzen Länge und mit seinem Kanalsystem unter gemeinsame Bewirtschaftung. Die neue Donaukommission sieht bereits ein einheitliches Zusammenarbeiten auf diesem Teilgebiet der Wirtschaft vor. Es gilt also nicht, etwas grundsätzlich Neues einzuführen, sondern etwas Vorhandenes und Bewährtes seinen natürlichen Zwecken entsprechend auszubauen.

Solche objektive und nüchterne Betrachtung des Angestrebten will natürlich das Vorhandensein bestimmter politischer Erwägungen, die in der gleichen Richtung wirken, nicht bestreiten. Österreich und Ungarn wären durch einen Sieg der Entente insbesondere durch Italien und neue russisch-rumänische und russisch-balkanische Verbindungen politisch mindestens ebenso bedroht, wie es unsere Industrie durch den angekündigten Wirtschaftskrieg ist. Aber im Augenblick stehen politische Probleme nach Lage der Dinge doch durchaus in zweiter Linie. Darum braucht auch nicht daran gezweifelt zu werden, daß die polnische Frage zunächst nur eine untergeordnete Rolle bei den Verhandlungen gespielt hat, daß infolgedessen auch weder die austro-polnische Lösung noch irgendeine andere Form der Lösung beschlossen zu sein braucht. Die militärwirtschaftlichen Aufgaben des deutsch-österreichisch-ungarischen Waffenbundes können in Polen auch dann gelöst werden, wenn Polen im gegenwärtigen politischen Zustande verbleibt oder ganz aus der mitteleuropäischen Kombination ausscheidet. Daß aber die austro-polnische Lösung endgültig abgetan sein soll, das sei gestattet zu bezweifeln. Es zu glauben, hieße die Fähigkeit der Polen bei der Verfolgung politischer Ziele unterschätzen. Wohl aber glaube ich, daß die Freunde der austro-polnischen Lösung angesichts der damit verbundenen neuen Teilung und der in Deutschland, infolge der Stellungnahme ihrer Vertreter im preussischen Abgeordneten-

hause und Deutschen Reichstage herrschenden gereizten Stimmung gegen die Polen, die Frage im Augenblick zurückstellen, um sie in einem geeigneteren Zeitpunkt um so energischer hervorholen zu können. Vorläufig kommt es den Polen darauf an, die von unsrer Seite auf ihre Kosten in Aussicht genommenen Grenzsicherungen zu hintertreiben. Es hat auch den Anschein, als beabsichtige die Reichsleitung, diesem Streben in weitestem Maße entgegenzukommen, um die Interessen der Polen um so fester mit denen des Deutschen Reiches zu verknüpfen. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich am 16. Mai von ihrem gut unterrichteten Vertreter aus Berlin melden: „Augenblicklich läßt sich die herrschende Richtung in der polnischen Frage so kennzeichnen, daß man eine enge Anlehnung Polens zunächst wirtschaftlicher Natur an Deutschland und Osterreich-Ungarn in die Wege zu leiten wünscht.“ Danach scheint man mit dem Gedanken zu spielen, einen selbständigen Staat Polen sich entwickeln zu lassen, um ihn unter ähnlichen Voraussetzungen wie Osterreich und Ungarn in den Waffenbund einbeziehen zu können. Ist, so höre ich argumentieren, ein sonst selbständiges Polen Mitglied des Waffenbundes, so wird die militärische Forderung der Sicherstellung einer bestimmten strategischen Linie ohne weiteres erreicht, und es kann doch auf den Erwerb von polnischem Gebiet verzichtet werden, — Ludendorff könne dann seine Schützengräben von den Karpathen bis zur Ostsee beliebig durch polnisches Gebiet ziehen ohne doch Polen politisch zu teilen. Ohne Frage enthält der Gedanke für alle die viel Bestechendes, die an einen Ausgleich der deutsch-polnischen Interessen ohne große Opfer von deutscher Seite glauben. Zweifellos würde er auch eine Lösung der Polenfrage anbahnen, ohne Mitteleuropa in seinen gegenwärtigen begrenzten wirtschaftlichen Aufgaben zu behindern, — vorläufig wenigstens! Doch diese Lösung würde zugleich eine ganz ungemeine Belastung des Deutschtums bedeuten, des Deutschtums in der preußischen Ostmark! Ich komme damit zu der allgemeinen Gefahr, die uns von der geplanten Verengerung des Bündnisses mit Osterreich-Ungarn überhaupt droht: sie bringt uns, ob wir wollen oder nicht, via Polenfrage auf den Weg zum Nationalitätenstaat. Wie übrigens auch die Errichtung eines litauischen Staates unter der Krone des sächsischen Königshauses in derselben Richtung wirken würde. Sind unsere Regierenden sich darüber klar, daß dieser Weg im Interesse unserer wirtschaftlichen und späteren weltpolitischen Entwicklung betreten werden muß, dann sollen sie den Weg sehenden Auges schreiten und nicht blind tastend. Mit einer Versöhnung der Polen durch Verzicht auf Grenzberichtigungen im völkischen Interesse rechnen zu wollen, ist eine Utopie.

* * *

Mag nunmehr die Diplomatie versuchen, die Einzelheiten der Beschlüsse vom 12. Mai noch so sehr zu verschleiern, die Tatsache ihres Zustandekommens ist so groß, daß sie als ganzes nicht mehr zu verhüllen sind. Die Bedeutung des Vertrages liegt vor allem darin, daß er nicht das künstliche Ergebnis einer ad hoc bewirkten Agitation oder der Laune zweier Fürsten ist, sondern die natürliche Frucht einer elementaren Entwicklung, die weitschauende Staatsmänner richtig erkannt und im psychologisch richtigen Augenblick dem Bündnis darbringen. In der Vorgeschichte des Vertrages liegt die große Gewähr seiner inneren Festigkeit. Die nächsten praktischen Ergebnisse

wollen wir darum auch nicht in den Amtsstuben der wirtschaftlichen Unterhändler, über einen Zollverband, sondern auf den Fronten draußen und drinnen suchen. Bewährt sich der Vertrag in seinen militärischen Teilen durch Niederwerfung der Gegner auf dem Kontinente und in seinem wirtschaftlichen durch Verbesserung der Ernährungsverhältnisse besonders in Osterreich, dann brauchen wir uns auch nicht zu sorgen, was später daraus wird. Er wächst sich schon selbst zu einer politischen Grundlage für die Gestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse aus. Die gemeinsame Kriegführung hat gemeinsame Kriegswirtschaft notwendig gemacht, und alle beteiligten Faktoren, die Regierungen sowohl wie die wirtschaftlichen Unternehmer, haben sich in den vier Kriegsjahren immer besser darein gefunden. Aus gemeinsamer Kriegswirtschaft ist aber bei wirtschaftlich so verschieden ausgerüsteten Ländern, wie den drei in Frage kommenden, ein Herauskommen durch getrennte Übergangswirtschaften so gut wie ausgeschlossen. Auch dieser Erkenntnis verschließt sich heute in Mitteleuropa kein Einsichtiger! Die Übergangswirtschaft, die in Deutschland schon vorsichtig eingeleitet wird, muß von den Bundesgenossen gemeinsam durchschritten werden, wenn jeder von ihnen den angedrohten Wirtschaftskrieg der Entente siegreich überwinden will. Und ebenso, wie die gemeinsame Kriegführung über alle örtlichen Reibungen hinweg zum engeren Zusammenschluß und nicht zur Trennung geführt hat, weil die Gemeinsamkeit der Interessen mit jedem Tage wuchs, so wird auch die Kampagne der Übergangswirtschaft eine solche Fülle des Gemeinsamen aufdecken, es wird sich den drei beteiligten Industrien und Gewerben eine solche Fülle neuer Betätigungsmöglichkeiten auf tun, daß das gemeinsame Wirtschaftsgebiet Mitteleuropa mit und ohne Polen naturnotwendig aus dem Waffenbunde herauswachsen muß, so daß den gesetzgebenden Faktoren später einmal nichts anderes übrig bleibt, als die Entwicklung durch Gesetze zu sanktionieren.

Es fehlt naturgemäß auch nicht an energischen Gegnern des Waffenbundes in Mitteleuropa. Die Gegnerschaft hat je nach Parteizugehörigkeit des einzelnen auch verschiedene Gründe. Fürchten die einen durch den Bund eine selbständige Entwicklung der Einzelreiche in Frage zu stellen, — das ist besonders ein ungarisches Argument — so geht den Antipoden die Bindung noch nicht weit genug. Suchen jene Sicherungen partikularer Art, so wünschen diese die Möglichkeit offen zu halten, daß der Bund sich zu einem allgemeinen Völkerbunde auswachse. Programm der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten! Zwischen den beiden Extremen liegen dann die Bedenken der einzelnen Wirtschaftsgruppen, der Industrie und der Landwirtschaft, oder der Widerstand einiger Mächtigen in ihnen, die sich stark genug fühlen, den Kampf gegen die Welt allein aufzunehmen, ferner die Abneigung der Tschechen und Südslawen über einen solchen Bund zu verhandeln, ehe sie nicht zu politischer Selbständigkeit gekommen; auch die polnische Partei der Passivisten gehört zu den Widerstrebenden.

Für uns ist ein engerer Zusammenschluß Deutschlands, Osterreichs und Ungarns eine wirtschaftsgeographische und politische Notwendigkeit, ein Schritt voran auf dem Wege zu weltpolitischer Ebenbürtigkeit mit den Angelsachsen und zur unbefristeten Herrschaft Osterreichs und Ungarns in der Levante. Osterreich-Ungarn kann sein Ziel nicht ohne unsere Hilfe, wir können das unsere nicht ohne Osterreich-Ungarns Hilfe erreichen.

Von demokratischer und slawischer Seite ist seit jeher als ein wichtiger Grund gegen die Vertiefung des Bündnisses der Mittelmächte die Verschiedenheit der Verfassungen angeführt und insbesondere auf das preußische Wahlrecht als Stein des Anstoßes hingewiesen worden. Und nun der König von Preußen die Beseitigung des Hindernisses in die Wege geleitet hat, erweist es sich, daß nicht eigentlich das Wahlrecht Bedenken einflößt, sondern vielmehr die Tatsache des Festhaltens am Nationalstaat durch Preußen. Mit einem Wort: die Slawen würden sich schließlich mit der Vertiefung des Bündnisses zu einem Bunde ausführen, sofern ihnen darin größere Bewegungsfreiheit in ihrem Kampfe gegen das deutsche Element eingeräumt würde. Das ist des Pudels Kern!

Nun scheint es, als wüchse der Gedanke des militärisch gestützten wirtschaftenden Oberstaates mächtig über die Nationalstaaten hinaus. Tatsächlich überwuchert er sie nur, ohne die national-kulturellen Probleme zu lösen oder aus der Welt zu schaffen, mit solchen der Weltwirtschaft, und gibt ihnen Zeit, sich in neuer Kampffront gegeneinander zu ordnen. Die nationalen Kulturkämpfe bleiben! Ihre internationale Bedeutung tritt nur vorübergehend zurück, um später um so wichtiger auf den Problemen der großen Politik zu lasten. Auch unsere Staatsmänner scheinen sich dem Wahne hinzugeben, als könnten sie die nationalen Kulturkämpfe aus der großen Politik verschwinden zu machen. Sie können tatsächlich nur vorübergehend zurücktreten. Sie sind aber sofort wieder da, wenn eine größere Nation ihr Banner wehen läßt und als solche zum Kampf gegen den nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebundenen Staatenkomplex aufruft. Dieser Alternative entginge die mitteleuropäische Menschheit auch dann nicht, wenn sie sich zu einem allgemeinen Staatenbunde auf breitester demokratischer Grundlage, wie ihn die Sozialisten anstreben, zusammenschlöße. Der Nationalitätenkampf bliebe. Nur würden die Deutschen durch die Macht der Zahl derart zurückgedrängt sein, daß ihre kulturelle Überlegenheit nicht mehr zur Geltung käme. Bei einer solchen Vielgestaltung junger, aufstrebender Völker, wie sie Mittel- und Osteuropa beherbergt, wird noch lange Zeit hindurch wirtschaftlicher und nationaler Kampf sich ablösen und ergänzen, und die Völker mit niederer sozialer Entwicklungsstufe und mit stärkerer Vermehrung werden gegen die Völker weiterer sozialer Entwicklung und geringerer Vermehrung aufbegehren und Bündnisse gegen sie schließen. Für diese Kämpfe, wo das Deutschtum allein gegen alle slawischen Völker zu stehen haben wird, — Kämpfe, die schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges begonnen hatten und die dem russischen Imperialismus einen starken Nährgehalt lieferten, — müssen die Positionen der Deutschen schon heute sorgfältig gesichert werden.

Unter der Voraussetzung gut gelungener nationaler Sicherungen im Reich sowohl wie in Österreich und Ungarn werden auch wir den wirtschaftenden Oberstaat, dessen Umrisse durch die Monarchenbesprechung vom 12. Mai wahrnehmbar geworden sind, mit Freuden begrüßen und an seinem Ausbau kräftig mitwirken.

